

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M. 45 Bz., in Altensteig 12 M. | Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile oder deren Raum 50 Bz., die Reklamezeile 1 M. 50 Bz., Mindestbetrag eines Auftrags 2 M. | Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt anzusetzen.

Nr. 32.

Altensteig, Mittwoch den 9. Februar.

Jahrgang 1921.

Der dritte Bismarckband.

II.

Am 29. November 1887 sandte Prinz Wilhelm dem Kanzler den

Entwurf einer Proklamation an die deutschen Bundesfürsten.

Der im Hinblick auf die Möglichkeit einer baldigen Thronbesteigung des jugendlichen Prinzen bei den preussischen Geandtschaften an den deutschen Höfen versiegelt ausbewahrt werden sollte. In dem Begleitschreiben äußerte der Prinz, er sehe die Bundesfürsten im Gegensatz zu den mehr unitarischen Auffassung seines Vaters nicht als Vasallen, sondern mehr als Kollegen an, deren Rat und Wünsche man nicht abweisen dürfe, die aber der kaiserlichen Politik folgen müssten. Die Proklamation solle dazu dienen, daß die Bundesfürsten dem neuen jungen Herrscher nicht gezwungen, sondern aus Ueberzeugung folgten. Aus dem langen Schreiben, mit dem der Reichskanzler am 6. Januar 1888 beide Briefe des Prinzen beantwortete, folgen nachstehend die wichtigsten Stellen:

„Die Anlage des Schreibens vom 29. November v. J. beehre ich mich Ew. Maj. Hoheit hierbei untertänigst wieder vorzulegen, und möchte euerbetlich anbeugeben, sie ohne Aufschub zu verbrennen. Wenn ein Entwurf der Art vorzeitig bekannt würde, so würden nicht nur E. Majestät der Kaiser und E. Königl. Hoheit der Kronprinz peinlich davon berührt sein; das Geheimnis ist heutzutage stets unsicher. Schon das einzige existierende Exemplar, welches ich hier sorgfältig unter Verschluss gehalten habe, kann in unrechte Hände fallen; wenn aber einige zwanzig Abschriften angefertigt und bei 7 Geandtschaften deponiert würden, so vervielfältigen sich die Möglichkeiten böser Zufälle und unvorsichtiger Menschen. Auch wenn schließlich von den Dokumenten der beabsichtigte Gebrauch gemacht würde, so würde die dann kund werdende Tatsache, daß sie vor dem Ableben regierender Herren redigiert und bereit gehalten wären, keinen guten Eindruck machen.“

„Ich habe mich herzlich gefreut, daß Ew. Maj. Hoheit, im Gegensatz zu den schärferen Auffassungen Ihres Vaters, die politische Bedeutung erkennen, welche in dem freiwilligen Mitwirken der verbündeten Fürsten zu den Reichszwecken liegt.“

Ich komme auf den Inhalt des gnädigen Schreibens vom 21. v. M. und beginne am liebsten mit dem Schlusse desselben und dem Ausdruck des Bewusstseins, daß Friedrich der Große Ew. Königl. Hoheit Ahnherr ist, und bitte Höchstselben, ihm nicht bloß als Herrscher, auch als Staatsmann zu folgen. Es lag nicht in der Art des großen Königs, sein Vertrauen auf Elemente wie das der inneren Mission zu setzen; die Zeiten sind heut freilich andere, aber die Erfolge, welche durch Neben und Vereine gewonnen werden, sind auch heut keine dauernden Unterlagen monarchischer Stellungen.

Das rote Kreuz und andere Vereine würden ohne Ihre Majestät die Kaiserin so viele Teilnahme nicht finden; das Verlangen, zum Hof in Beziehung zu stehen, kommt der Nächstenliebe zu Hilfe. Das ist auch erstlich und schadet der Kaiserin nicht. Anders ist es mit Thronerben. Unter den Namen, die Ew. Königl. Hoheit nennen, ist keiner ganz ohne politischen Weisheitsmaß. Und der Bereitwilligkeit, den Wünschen des hohen Protektors zu dienen, liegt die Hoffnung zu Grunde, sich oder der Fraktion, der man angehört, den Beifall des künftigen Königs zu nennen. Ew. werden nach der Thronbesteigung die Männer und die Parteien mit Vorsicht und wechselnd nach Höchststem Ermeßen benutzen müssen, ohne die Möglichkeit, äußerlich einer unserer Fraktionen sich hinzugeben. Es gibt Zeiten des Liberalismus und Zeiten der Reaktion, auch der Gewaltbereitschaft. Um darin die nötige freie Hand zu behalten, muß verhalten werden, daß Ew. schon als Thronfolger von der öffentlichen Meinung zu einer Parteilichkeit gerechnet werden.

Schon in dem Namen „Mission“ liegt ein Prognostikon dafür, daß die Weislichkeit dem Unternehmen die Signatur geben wird, selbst dann, wenn das arbeitende Mitglied des Komitees nicht ein General-Superintendent sein würde. Ich habe nichts gegen Stöcker; er hat für mich nur den einen Fehler als Politiker, daß er Priester ist, und als Priester, daß er Politik treibt.“

Am 14. Januar 1888 antwortete Prinz Wilhelm mit einem Briefe, der nochmals betonte, wie großen Wert er darauf lege, auch den leisen Schatten einer Meinungsverschiedenheit mit dem Kanzler zu zerstreuen, jedoch aber an der ursprünglichen Auffassung des Prinzen hinsichtlich der Politik Stöckers festhielt, immerhin ankündigte, der Prinz werde den Vorgesetzten bestimmen, sich von der offiziellen Leitung der Stadtmission zurückzuziehen, um jeder politischen Mißdeutung dieser Missionarbeit den Boden zu entziehen. Wer dann noch ungerechtfertigte Mißdeutungen wage, der werde es zu büßen haben, wenn der Prinz zur Regierung gelangt sei. In diesem Schreiben sah Bismarck den ersten Keim der inneren Entfremdung des Prinzen ihm gegenüber, sowie den ersten Anknüpfungspunkt der selbstverleugenden Auffassungen, die in den ersten Regierungsjahren Kaiser Wilhelms II. wiederholt zum Ausdruck kamen.

Kaiser Wilhelm

In einem weiteren Kapitel des dritten Bandes gibt Fürst Bismarck eine Charakteristik des Kaisers, in der er im einzelnen ausführt, daß Kaiser Wilhelm II. die Eigenschaften seiner Vorfahren in einer gewissen Mannigfaltigkeit ererbt habe; hinsichtlich der Neigung des Kaisers zu Randbemerkungen in feierlich-antiquarischen Stil bemerkt Bismarck dabei, sie sei während seiner Amtszeit so lebhaft gewesen, daß daraus dienstliche Unbequemlichkeit entstand, weil der drastische Inhalt und Ausdruck zu strenger Geheimhaltung der betreffenden Angelegenheiten nötigte. Zusammenfassend schreibt Fürst Bismarck:

„Wenn ich mir ein Bild des jetzigen Kaisers nach Abschluß meiner Beziehungen zu seinem Dienste zu machen suche, so finde ich in ihm Eigenschaften seiner Vorfahren in einer Weise verkörpert, die für meine Anhänglichkeit eine starke Anziehungskraft haben würden, wenn sie durch das Prinzip einer Gegenseitigkeit zwischen Monarch und Untertanen, zwischen Herr und Diener belebt gewesen wären. . . . Kaiser Wilhelm II. gegenüber habe ich mich des Eindruckes einseitiger Liebe nicht erwehren können; das Gefühl, welches die feste Grundlage der Verfassung des preussischen Reiches ist, das Gefühl, daß der Soldat dem Offizier, aber auch der Offizier den Soldaten niemals im Stiche läßt, ein Gefühl, welchem Wilhelm I. seinen Dienern gegenüber bis zur Uebertreibung nachlebte, ist in der Auffassung des jungen Herrn bisher nicht in dem Maße erkennbar: der Anspruch auf unbedingte Hingebung, auf Vertrauen und unerschütterliche Treue ist in ihm gesteigert, eine Neigung, dafür seinerseits Vertrauen und Sicherheit zu gewähren, hat sich bisher nicht bestätigt.“

Des weiteren beschäftigt der Altreichskanzler sich mit der Neigung des Kaisers, bisherige Gegner durch Entgegenkommen zu versöhnen. Hinsichtlich der Sozialdemokratie meint Bismarck, der Kaiser werde mit seiner christlichen, aber in den Dingen der Welt nicht immer erfolgreichen Auffassung Schwierigkeiten leiden. Eine ähnliche Politik des Entgegenkommens, um nicht zu sagen, Nachlassens, habe Kaiser Wilhelm II. gegenüber dem Zentrum und den Polen, aber auch gegenüber dem Ausland getrieben. Fürst Bismarck spricht von den vergeblichen Versuchen des Kaisers, die Liebe der Franzosen zu gewinnen, und behandelt dann ausführlich die Versuche, durch persönliche Liebenswürdigkeit und häufigere Besuche die feste Freundschaft des Zaren zu erwerben. Der Kaiser, der bis dahin gegen England und gegen die Königin Viktoria Abneigung empfand und darum auch von einer Verbindung seiner Schwester mit dem Battenberger nichts hatte wissen wollen, umwarb Rußland um so lebhafter, nahm aber von seinem ersten Besuche in Peterhof herab eine ernste Bestimmung mit nach Hause. Diese Bestimmung äußerte sich u. a. in einer Anweisung an Herbert Bismarck, die Preisse gegen die neue russische Anleihe mobil zu machen; der Kaiser bestand darauf selbst noch dann, als Staatssekretär Herbert Bismarck ihm auseinandergesetzt hatte, daß die Auffassung, die man von militärischer Seite dem Kaiser über diese Anleihe beigegeben hatte, tatsächlich irrtümlich war. Auf der anderen Seite wollte der Kaiser von seiner Hofnung, Alexander III. durch persönliche Liebenswürdigkeit zu gewinnen, nicht lassen.

Neues vom Tage.

Unglaubliche Schiebung.

Berlin, 8. Febr. Der Verwalter des Ferngaswerks der Reichstreuhandgesellschaft in Spandau versuchte mit Hilfe einer Schieberbande wertvolle optische Instrumente des früheren Heeres an Händler aus Polen zu verkaufen. Bei einem Güterbesorger in Berlin wurden acht große Riflen beschlagnahmt, in denen 300 Rundblüsenrohre, 200 Artilleriewerke und 12 Scherenfernrohre verpackt waren. Auch weiteres gestohlenen Heeresgut wurde vorgefunden. 13 Schmuggler sind verhaftet, der Ankäufer aus Polen entzog sich der Festnahme.

Enttäuschungen.

Paris, 8. Febr. Der deutsche Vorschlag, die Kohlenlieferung an den Verband vom 1. Februar an von 2 auf 1,8 Millionen Tonnen monatlich herabzusetzen, ist von der Wiederherstellungskommission laut „Temps“ mit allen gegen eine Stimme verworfen worden.

Wie der „Matin“ meldet, haben 13 französische Gewerkschaften es abgelehnt, zu dem Aufruf der deutschen Sozialisten an die Arbeiter der Verbandsländer wegen des Anschlags der Pariser Konferenz gegen das Proletariat (Ausfuhrsteuer, Anhebung der 5 Markgoldprämie usw.) Stellung zu nehmen.

Paris, 8. Febr. Der Abgeordnete Jean Lemaitre wendet sich im „Devoir“ gegen die Ausfuhrsteuer auf deutsche Waren. Er empfiehlt dagegen, das Streikgebiet durch deutsche Arbeiter und mit deutschem Material wieder instand setzen zu lassen.

Amerika wird aufmerksam.

Newyork, 8. Febr. (Reuter.) Der Senatsausschuß hat mit 14 gegen 5 Stimmen einen Antrag angenommen, der die Vorlegung der in Paris vereinbarten Handelsmaßnahmen gegen Deutschland verlangt.

Im Senat hat, wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ aus Washington gemeldet wird, Senator Farnes eine Entschlüsselung betreffend die Abzahlung der Schulden der Verbündeten an die Vereinigten Staaten eingebracht. Zugleich reichte er einen Vorschlag für die von Deutschland zu fordernde Kriegsschadensersatzung ein mit folgenden Punkten: Herabsetzung des deutschen Schadenersatzes auf 15 Milliarden oder 28 Jahresbeiträge von je einer Milliarde Dollar. In diesen Jahrlungen sind die Zinsleistungen enthalten. 2. Deutschland wird im Kredit von 5 Milliarden Dollars in Gold für die deutsch-afrikanischen Kolonien und die deutschen Telegraphenlabel eingeräumt. 3. Die Vereinigten Staaten werden für den Ankauf der früheren deutschen Kolonien und Kabel bevorrechtigt und zwar zum Gesamtbetrag von 5 Milliarden Dollars. Dieser Betrag wird von der Rechnung der Schulden der Verbündeten in Amerika abgeschrieben.

Der von Farnes gemachte Vorschlag würde die Gesamtschadensersatzung auf die Summe von 15 Milliarden Dollar, nach heutigem Kurs etwa 900 Milliarden Papiermark in einmaliger Zahlung oder auf 28 Milliarden Dollar (1880 Milliarden Papiermark) in 28 jährlichen Teilzahlungen einschließlich der Zinsen festsetzen; von der 12prozentigen Steuer auf die Ausfuhr will er offenbar nichts wissen. Dagegen beträgt die Pariser Forderung 226 Milliarden Goldmark in 43 Teilzahlungen von 2 bis 6 Milliarden Goldmark oder mindestens 2260 Milliarden Papiermark, eine Summe, die sich mit der Ausfuhrsteuer auf über 3000 Milliarden erhöhen würde.

Paris, 8. Febr. Nach dem „Matin“ hat der amerikanische Senat trotz des Einspruchs des Präsidenten Wilson die Herabsetzung der Heeresstärke auf 175 000 Mann beschlossen.

Der Truppeneinzug durch die Schweiz.

Bern, 8. Febr. Oberst Brägger richtete im Ständerat eine Anfrage an die Bundesregierung wegen des vom Verband verlangten Durchzugs von Truppen nach Bina. Durch den Beitritt zum Bälterbund habe die Schweiz ihre wirtschaftliche Neutralität aufgegeben, sie dürfe nicht auch noch ihre militärische Neutralität opfern. Bundesrat Korta antwortete, eine Verpflichtung, die Truppen durchziehen zu lassen, bestehe für die Schweiz nicht, aber es bestehe auch kein rechtlicher Grund, den Durchzug zu verweigern. Da aber die Voraussetzung der Volksabstimmung zwischen Polen und Litauen noch nicht genügend geklärt sei und die Entsendung

Der Verbandsgruppen in das streitige Gebiet zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit Sowjetrußland führen könne, glaubte der Bundesrat, den Antrag des Verbands ablehnen zu müssen.

Zur Rede Lloyd Georges in Birmingham.
London, 8. Febr. Der „Star“ schreibt: Lloyd Georges Politik in der Entschädigungsfrage ist das aus Latten und Leim zusammengesetzte Schloß eines Kuffenschiebers, der die Unordnung und Verwirrung, die dahinter steht, verhüten will. Deutschland muß für die Ruinen und die Beherung, die es angerichtet hat, Entschädigung bezahlen. Man hat ihm jedoch bereits seine Kolonien genommen. Teile seines europäischen Besitzes, seine Schiffe, sein Hauptkohlengebiet und eine beträchtliche Summe in Gold. Deutschland muß den übrigen Teil in Waren bezahlen. Sofort erhebt sich aber in allen Ländern der Verbündeten ein scharfer Widerstand dagegen.

Uneinigkeit im Bolschewismus.
Helsingfors, 8. Febr. In der „Pravda“ schreibt Lenin mit deutlicher Spitze gegen Trotski, der scharfe Gegensatz zu den Bolschewisten in Sowjetrußland müsse zur Spaltung des bolschewistischen Staatswesens führen. Die Verbandsmächte würden aber jede Schwächung im Innern gegen den Bolschewismus ausnützen und auch die russischen Sozialrevolutionäre würden versuchen, die Sowjet Herrschaft durch eine Revolution zu stürzen.

Bolschewistenanschlag gegen einen Erzbischof.
Paris, 8. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Mexiko wurde das Haus des Erzbischofs von Mexiko durch eine Bombe zerstört. Der Erzbischof hatte sich in einer Predigt gegen die Bolschewisten gewandt.

Die Einladung nach London bedingungsweise angenommen.

Berlin, 8. Febr. Das Auswärtige Amt hat der französischen Botschaft mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annehme, daß auch die deutschen Vorschläge zur Beratung gestellt werden.

Streik.
Berlin, 8. Febr. In der Herrenschneiderei sind gestern 32 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. Die Maßschneiderei wird davon nicht betroffen. (In Stuttgart kommen 3-400 Arbeiter in Betracht.)

Der Fasching in der Pfalz.

Landau, 8. Febr. Das französische Ueberwachungsamt hat das Faschingsverbot der bayerischen Regierung für die ganze Pfalz für ungültig erklärt.

Gold und Rohstoffe, nicht Waren.

London, 8. Febr. In einer in Sheffield gehaltenen Rede erklärte Lord Robert Cecil, man werde Deutschland nicht gestatten, mit Waren die Entschädigung zu leisten. Wenn Deutschland in Fertigwaren bezahlen würde, so wäre die Folge, daß England die Kriegsentenschädigung bezahlen müßte. Deutschland müsse an England Rohstoffe liefern, die es von anderen Ländern im Austausch gegen Fertigwaren erhalte.

Die „Morning Post“ schreibt, die Beziehungen zwischen Deutschland und England einzuleiten, bedeuten nichts anderes, als die Anerkennung der bolschewistischen Regierung, die Lenin und Trotski unter dem Vorwand eines Handelsabkommens zu erreichen suchen.

England schickt die Griechen vor.

Rom, 8. Febr. (Stefani.) Nach einer Meldung aus Smyrna wird von britischer Seite in Kleinasien ein neuer Angriff mit über 70 000 Mann vorbereitet. Die Türken treffen Anstalten, um dem griechischen Heer Widerstand zu leisten. Sie sollen beabsichtigen, wenn die griechischen Truppen Erfolge erringen sollten, sich ins Innere zurückziehen und weiteren Widerstand vorzubereiten.

Keine Vertretung niemals auf der Londoner Konferenz.

London, 8. Febr. Die „Morning Post“ meldet, die nationaltürkische Regierung in Kleinasien werde unter dem Druck von Moskau keine Vertretung nach London senden. (Der Grund dürfte doch wohl der von England geleitete Angriff der Griechen sein. Niemals muß beärgt werden, daß keine Gesandten in London als Geiseln gehalten werden.)

Amerikanische Sympathie.

Washington, 8. Febr. Das Staatsamt teilte mit, daß der amerikanische Kommissar in Berlin nicht ermächtigt sei, Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten. Der Kommissar habe auch gar nicht versucht, Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines Sonderfriedens mit Deutschland einzuleiten.

Litauen von Danzig bis Oberschlesien.

Berlin, 8. Febr. In gut unterrichteten Kreisen will man nach den „Leibz. N. N.“ bestimmte Anhaltspunkte dafür haben, daß die Entente einen neuen Anschlag auf den Versailler Vertrag plant. Wie berichtet wird, soll in den letzten Wochen — hauptsächlich auf Betreiben Englands — in der Verbandskommission in Opatow die Ueberzeugung Boden gewonnen haben, daß der französische Plan, Oberschlesien zu teilen und den wertvollsten industriellen Teil zu Polen zu schlagen, am demüßigendsten nicht ratsam sei, weil dies den Ruin der oberirdischen Volkswirtschaft bedeuten würde. Die Franzosen sollen daher für den Plan gewonnen worden sein, der Gründung eines neutralen Litauens in Kar-

ter Ansehung an Polen näher zu treten. Der Ostteil soll von Danzig bis Oberschlesien reichen und den Freistaat Danzig, Westpreußen, Polen und Oberschlesien umfassen, wobei verhandelt werden soll, weitere Teile des unbefestigten Schlesiens für die Anneliederung zu gewinnen. Die Verhandlungen mit Warschau sollen nach diesen Quellen schon ziemlich weit gediehen sein. Die Warschauer Regierung hat die Uebernahme gewonnen, daß Polen auf die Dauer bei Polen nicht zu halten ist. Darum erklärt sich die Bereitwilligkeit Polens, Polen und Pommern in die Autonomie zu gewähren. Dieses autonome Staatsgebilde soll den Grundstock des neuen Oststaates bilden.

Belgischer Bericht auf deutsches Privateigentum.

Berlin, 8. Febr. Der belgische Gesandte übergab dem Reichsminister des Auswärtigen eine Note, wonach die belgische Regierung nicht beabsichtigt, von dem ihr nach dem Friedensvertrag zustehenden Recht Gebrauch zu machen, im Falle abtätlicher Nichterfüllung der Vertragspflichten das Eigentum deutscher Staatsangehöriger zu beschlagnahmen. Der Bericht erstreckt sich auf Belgien, seine Kolonien und die verwalteten Gebiete und umfaßt Bank- und Warenquittungen, Schiffe usw. (Belgien hat somit den alten selbstverständlichen Völkerrechtsgrundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums wieder anerkannt. Werden die übrigen Verbandsstaaten folgen?)

Ende des Milchstreiks.

Ludwigshafen, 8. Febr. Die „Pfälzische Post“ meldet, hat die freie Bauernschaft den Milchstreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Berlin, 8. Febr. Die ständige Tarifkommission des Reichsvereins der Arbeitgeber hat die Erhöhung der Gütertarife für Rohstoffe und Massenstoffe um 60 und für Edelmetalle und Fertigfabrikate um 90 Prozent vor. Die Mehrerhöhung wird auf 9 Milliarden geschätzt.

Von den 742 amerikanischen Schiffen sind auf der Seereise 7 Schiff eingetroffen, darunter erfolgte unterwegs ein Anmarsch von 50 Schiffen, von denen allerdings 12 umfamen.

Eurhaven. 8. Febr. Der Dampfer „Mongolia“ überbrachte von Neuport 55 Reisende erster und 515 dritter Klasse.

Landtag.

Stuttgart, 8. Febr. (11. Sitzung.) Die Anfrage des Abg. Stöckel (D.D.) daß der von den Landwirten um 60,75 Mk. an die Kommunalverbände geleistete Haber von diesem um 100 Mk. weiterverkauft werde, wurde vom Ernährungsminister Dr. Schall dahin beantwortet, daß es sich um Haber handle, den die Reichsgesetzgebung zur Versteigerung im Notall um 185 Mk. im freien Handel gekauft hatte. Letzteres sei auch neuer Haber mitverkauft worden, weil er gerade in der Nähe greifbar und sich nicht anders abzukalkulieren ließe. Besser wäre es gewesen, diesen Haber nicht zu verkaufen.

Sodann verlas das Haus den Etat des Ministeriums des Innern. Die Kommunisten hatten Uebernahme der Vorkosten auf den Etat beantragt, was der Minister ablehnte. Das Ministerium ist nur bereit, einen erheblichen Teil der ungedeckten Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen.

Beim Landespolizeiamt und der königlichen Ordnungspolizei werden 3,8 auf 7,9 Millionen bzw. 10,7 auf 11 Millionen mehr gefordert. Abg. Körner (D.D.) bekämpfte insbesondere die Forderung von 2 Millionen für außerordentliche Maßnahmen gegen den Schleichhandel und fragte, warum dies nicht auf Reichskosten gelte. Württemberg marschiere überhaupt als Polizeistaat an der Spitze der deutschen Länder. Es habe keinen Zweck, die Landwirte unter besonders strenge Kontrolle zu stellen, wenn sich Reichsbehörden um Nachkontrolle für Haber überhaupt nicht kümmern oder an der Verschlebung von Haber in die Schweiz beteiligt sind. Daburch leide die Autorität des Staats.

Minister Graf erwiderte, daß er die Ordnungspolizei nur auf Antrag des Ernährungsministeriums zur Verfügung gestellt habe; verantwortlich sei er nur für etwaige Disziplinmängelheiten. Mit dem Ergebnis der Maßnahme könne übrigens die Bevölkerung auf mehr als eine Woche verpflegt werden. Von der Forderung von 2 Millionen abzugehen, lege kein Anlaß vor.

Abg. Pfäfer (S.) machte die Rechte dafür mitverantwortlich, daß diese Nachforderung nötig wurde und begründete seinen Antrag auf Gleichstellung der Gehaltsverhältnisse beim Landespolizeiamt und der Postpolizei. Den Antrag, die Vorschriften für Jugend- und Aufenthaltserlaubnis von Reichsurlaubern mit allem Nachdruck durchzuführen, lehnte er namens seiner Freunde ab.

Abg. Rot (D.D.) Eine Vorkosten der Zwangswirtschaft gehe nur an, wenn das Reich so viel einbrähe, daß eine staatliche Konkurrenz entstehe.

Abg. Kinkel (D.D.) warf dem Landespolizeiamt politische Parteilichkeit vor und erklärte sich als Gegner der Einwohnerwehr, die einer Weiterentwicklung der Revolution im Weg stehe. Abg. Streiter (Komm.) nannte die Polizei eine Ordnungsmacht und behauptete, daß ein Ordnungseruf. Die Zwangswirtschaft bringe und nicht aus dem Land heraus. Nötig sei eine Ausschaltung des Zwischenhandels und ein Austausch zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen. Der Minister bekräftigte die Einwohnerwehr und sei eine Gefahr für das Verhältnis zur Entente.

Abg. Winkler (D.D.) nannte es eine erbärmliche Demagogik, wenn der Vorkosten sage, die Kontierung wolle die Entmännung nicht durchführen. Solange der Minister für die Erhaltung der Ordnung einrede, müsse man ihn unterstützen.

Abg. Baume (D.D.) Man müsse den Minister des Innern schämen, wenn er sich eine gewisse Waldspränghigkeit verzeihe. Der Aufwand für die Bekämpfung des Schleichhandels sei im Verhältnis zum Erfolg zu hoch.

Abg. Kuhn (S.) ist in Sachen der Einwohnerwehr für die Wahrung der milit. Landesinteressen gegen bayerische Sonderwünsche, die die Kohlenzufuhr in Gefahr bringen. Er sei kein fanatischer Anhänger der Zwangswirtschaft, aber wenn die Getreidewirtschaft aufgehoben würde, käme das Brot zu 8 Mk. Regierung und Volk verdienten volle Unterstützung. Minister Graf machte zur Einigkeit bei Regierungen und Parlamenten. Die Bayern sollten sich durch die Kommunisten nicht lassen lassen. Am den Indusloha von 1000 Mk. haben zwei Deputierten der gesetzgebenden Versammlung an die Entente verfallen, doch sei das Material größtenteils wieder freigegeben. Die Verminderung des Personals beim Landespolizeiamt scheitere am Widerstand des Ernährungsministeriums.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. Februar 1921.

— **Mittlerer Verwaltungsdienst.** Die Ueberführung des mittleren Verwaltungsdienstes in Württemberg erfordert eine Beschränkung des Zugangs. Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern dürfen die Schultheißenämter und Verwaltungsstellen bis auf weiteres nur solche Belehrlinge annehmen, die das Ministerium zum Amt in des Vorbereitungsdienstes zugelassen hat. Die Zahl der Zulassungen wird alljährlich besonders festgelegt. Für das Jahr 1921 beträgt sie höchstens 100; für das Jahr 1922 ist mit einer weiteren Einschränkung zu rechnen.

— **Hygienische Volksbelehrung.** Am 5. Februar wurde in Dresden ein Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung gegründet. Er will in enger Fühlung mit dem deutschen Hygienemuseum an der Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit durch weitestgehende Aufklärung des Volks in hygienischen Fragen sich betätigen. An der Gründungsstagung nahmen Vertreter fast aller Gliedstaaten teil.

— **Kriegsverwundete und unermittelte Tote.** Wie kann Auskunft geben über: Merath, Sanitätsgehilfe 4. Batterie, Feldartill. Regt. 281, verwundet am 10. 4. 1918 bei Hainwillers, Verbleib unbekannt. Steinhilf, gestorben am 30. 9. 14, im Feldlazarett 7 in Cantalmon, Regiment unbekannt. Vogel, gestorben am 21. 11. 14, im Kriegslazarett des Gardekorps in Kork, Regiment unbekannt. Päßing, gestorben am 3. 10. 14 in Sautis in einem französischen Lazarett, Regiment unbekannt. Schöber, gestorben am 1. 8. 18, in einem französischen Lazarett, Regiment unbekannt. Höfel, dgl. Schloffer, gestorben am 17. 9. 14 im Kriegslazarett 3 in Montmedy, Regiment unbekannt. Mitteilungen werden erbeten an das Zentral-Nachweisesamt für Kriegerverwundete und Kriegertote, Stuttgart, Rotenbühlstraße.

— **Konkurse** sind im Januar im Reich 162 eröffnet worden gegen 152 im Dezember und 147 im November.

— **Deutscher Handel mit Amerika.** Im Jahre 1920 betrug der Wert der Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland 311 437 000 Dollar (im Vorjahr: 208 676 000 Dollar). Aus Deutschland wurden im gleichen Jahr Waren im Wert von 88 883 000 Dollar (78 255 000) nach Amerika eingeführt. (1 Dollar im Durchschnitt des Jahres 1920 gleich 19,36 Mk.)

Salterbach, 7. Febr. (Heilgeheilt.) In der vergangenen Woche ist der letzte der Kriegsgefangenen der hiesigen Gemeinde, Karl Raupp, aus Sibirien demarshiert. — Nach seiner Gefangenenerfahrung am 19. Dez. 1914 in der Schlacht vor Woloschn wurde er nach Sibirien transportiert.

Friedensstadt, 8. Febr. (Vom Fremdenverkehr.) In einer Sitzung der Verbandsversammlung, die sich an die Amtversammlungen angeschlossen, wurde Oberrentmann Dr. Franer zum Verwaltungsdirektor, Direktor J. Pflüger zum technischen Direktor, Oberrentmann L. J. zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Oberrentmann Hailer Oberrentmann zum stellvertretenden Vorsitzenden des Fremdenverkehrs einmütig gewählt. Mit dem Bau des B. A. S. soll bereits im März begonnen werden.

Schwenningen, 8. Febr. (Im Zeichen des Verkehrs.) Direkt Lage traf der Postmeister, der den Verkehr zwischen Ludwigs- und Weim-Ludwigs-Schwenningen vermitteln soll, auf einer Probefahrt hier ein. Das Auto war mit Vertretern der Postverwaltung besetzt. In nächster Zeit wird die Frage entschieden werden, ob die Linie zur Ausfuhr kommt und ob die Ausführung durch die Postverwaltung oder durch die Kraftwagenverkehrs-gesellschaft erfolgt.

Stuttgart, 8. Febr. (Die Milchzentrale.) Der Finanzausschuß des Landtags stimmte der Errichtung einer Milchzentrale bei Beimerrieden mit 9 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Stuttgart, 8. Febr. (Dauungsbeschränkung der Bahnpediteure.) Bei der zunehmenden Diebstahlsgefahr und dem steigenden Wert der Eisen- und Frachtwagen, Lastwagen, die in den Holzgebieten nicht verbleiben dürfen, wurde die Verpflichtung der amtlich bestellten Güterbeförderer vom 15. Februar an auf 20 Mark für 1 kg. Rohgewicht beschränkt. Höherwertige Güter können gegen Verlust und Beschädigung in der Zeit zwischen Annahme durch den Kraftwagenmann und der Auslieferung bei der Bahn durch Vermittlung der Güterbeförderer bis zu 1 vom Tausend des Werts besichert werden. Für die Abfuhr von der Bahn bis zur Behaltung des Empfängers bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Kedarfalu, 8. Febr. (Ein kleiner Hafen.) Da die Möglichkeit vorliegt, entlang des Industriegebietes mit verhältnismäßig geringen Kosten durch Erdarbeiten des Kanals eine Anlandestelle — wenigstens für spätere Zeit — zu schaffen, soll unter namhafter Beteiligung der daran interessierten Firmen diese Anlandestelle ausgeführt werden. Als Ersatz für die schon vorhandene, nun in Wegfall kommende Anlandestelle am Kedar soll sich laut „Kedarzeitung“ das Reich mit einem entsprechenden Beitrag hieran beteiligen. Damit wird in Kedarfalu ein dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen und zugleich der Heilbronner Hafen entlastet.

Grailsheim, 8. Febr. (Eine böse Geschichte.) Großes Aufsehen erregt laut „Fränk. Grenzboten“ das Verschwinden des verheirateten Hauptlehrers in Grailsheim, der in eine Kuppelgeschichte in Birkelbach verwickelt sein soll.

Neutingen, 8. Febr. (Wesivwechsel.) Das knollige Anwesen in der Gartenstraße ging durch Kauf in den Besitz der Handels- und Gewerbebank über.

Stuttgart, 8. Febr. (Vollst. 1920.) Der verantwortliche Schriftleiter der „Schwab. Tageszeitung“, Paul Körner und dessen Bruder, der Bauwerkmeister Theodor Körner, letzterer als Verfasser, waren angeklagt, weil sie in einem am 22. Juni 1920 erschienenen Artikel die Bauern zur Einstellung der Ablieferung auf-forderten, falls in Stuttgart (zur Zeit der Teuerungsuruben) die Kommunisten einen Umsturz machten. Der Verteidiger wies darauf hin, daß die damalige Regierung selber beim Kaputtgeld die Landwirte und die Arbeiter zum Generalstreik ermuntert habe und daß so-gar die Beamten streikten, um den Putz zu überwinden. Das Schwurgericht sprach die Brüder Körner frei.

Patenschaft. Der Gemeinderat Stuttgarts hat be-schlossen, für den schwerbedrohten oberkessischen Bezirk Rübnil die Patenschaft zu übernehmen und ein Pa-teneschekel von 20.000 Mark zu bewilligen.

Salingen, 8. Febr. (Sektenheit.) Fünf mun-tere Säuglinge sind in der Zuchtschäfererei des Do-mänenpächters Haas auf Homburg bei Großsillingen in Sachsen-Anhalt verstorben.

Handel und Verkehr.

Leinwand, 8. Febr. (Schlachtwiehmärkte.) Dem Dien-stamarkt waren zugeführt: 42 Ochsen, 203 Ferkel (Bullen), 180 Stiere und Jungrinder, 177 Kühe, 255 Kälber, 150 Schweine, 6 Schafe. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden bezahlt: Decker erste Qualität 740-800, Ferkel erste 690-730, zweite 590 bis 650, Stiere und Jungrinder erste 760-815, zweite 650-700, Kühe erste 620-680, zweite 400-500, dritte 260-380, Kälber erste 900-970, zweite 800-880, dritte 750-800, Schweine erste 1000-1050, zweite 800-850, Hammelfleisch erste 1000 bis 1150, Schafe erste 800-900 Mk. Der Markt verlief bei Schweinen lebhaft, sonst flau.

Vermischtes.

Die 76 Millionen Goldmark, die 24 Tonnen Gold, die in Paris von Berlin eingetroffen sind, sollen nach der „Post“ türkisches Eigentum sein, das in Berlin veräußert und nun an den Verkauf ausgeschrieben wurde. Mit der deutschen Entschädigungsrechnung hat diese Sendung nichts zu tun.

Selbstmord. An der deutsch-belgischen Grenze wurde nach dem „Echo de Köln“ ein Kräftigen angehalten, in dem bedeutende Summen durch Deutschland geschmuggelt werden sollten. Die Taschen, darunter der Direktor der Bank von Ber-wier, wurden festgenommen und das Geld beschlagnahmt. Der Direktor mußte für seine Freilassung eine Sicherheit von 1 Mil-lion Mark stellen.

Teufel in Berlin. Nach den bisherigen Auf-stellungen haben die Ausgaben Groß-Berlins für das Jahr 1920 rund 5470 Millionen Mk. (also beinahe 5 1/2 Milliarden) betragen. Trotz aller neuen Steuern usw. bleibt bei einem Zu-schlag aus Anteilnehmern in Höhe von 1150 Millionen doch noch ein ungeheurer Fehlbetrag in Höhe von rund 300 Mil-lionen Mark, so daß also fast 1/4 Milliarden auf schwebende Schuld zu nehmen sind.

Das Theaterverbot. Die bayerische Regierung hat Tanzverbin-dungen aller Art verboten. Das Verbot wird aber fortgesetzt überboten, namentlich landen im „Deutschen Theater“ in Mün-chen allabendlich Tänze statt. Am Samstag führen nun 60 junge Leute in Krautwagen vor, drängen in das Theater ein und erzwungen die Einstellung der Tanzvorführung. Die Theater-leitung hatte aus Ableben und Preisbögen eine Schutzwache aufgestellt und es kam zu einer großen Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab. Das Theater mußte aber geschlossen werden und die Tänzerinnen mußten das Haus ver-lassen.

Blutige Faschingsfeier. Während eines Maskenballs in Lei-men bei Heidelberg drang am Sonntag nachts der in Wiesloch arbeitende Zimmermann Hermann Rosch lärmend in den Saal. Er wurde hinausgewiesen, kehrte aber um und schloß mit einem Revolver in den Saal. Der 45jährige Zementar-beiter Georg Kalbbrunner, Vater von fünf Kindern, und der Gastwirt wurden tödlich verletzt; darauf richtete Rosch die Waffe gegen sich und brachte sich schwere Verletzungen bei, denen er in der Klinik in Heidelberg erlag.

Verandung eines Eisenbahnwagens. Drei Männer dran-gen in den Postwagen des von Goldenberg nach Ebnath fahrenden Eisenbahnzuges ein, schlugen den Postkassierer nieder und raubten aus dem Postbeutel 130.000 Mk., worauf sie die Motordrehscheibe zogen und vom Zug absprangen.

Raub. Sechs schwerbewaffnete Banditen überfielen im Dorf Saborce bei Hindenburg (Oberschlesien) das Geschäftshaus eines deutschen Kaufmanns und plünderten es aus. Es fielen ihnen 18.500 Mk. Bargeld und für etwa 20.000 Mk. Waren in die Hände.

Durch einen großen Betrag ist die Dortmunder Union um 2 Millionen Mark geschädigt worden. Bis jetzt sind 6 Verhaftungen vorgenommen worden. Einer der Verhafteten hat sich im Gefängnis erhängt.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Hülles bei Ver-sailles sind am Samstag zwei Züge zusammengestoßen. Bis jetzt sind 45 Tote geborgen worden. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß.

Der rätselhafte Frauenkopf. Nach der „Lahret Zig.“ ist der Fund von Teilen eines Frauenkopfes, der in der letzten Woche in dem Schnellzug Berlin-Basel gemacht wurde, nicht auf ein Verbrechen, sondern auf einen schweren Unglücksfall zu-rückzuführen. Auf dem Vorgelände des Bahnhofs Langensfeld bei Hanau waren am 3. Februar drei Frauen tot ge-fahren worden, die mit dem Personenzug aus der Richtung von Fulda gekommen waren. Der Fuldaer Personenzug hatte in-folge einer Verspätung des Frankfurter Schnellzugs keine Ein-fahrt und mußte vor dem Bahnhof halten. Die drei Frauen glaubten, ihr Zug würde sich bereits auf dem Bahnhof und flogen aus. Dabei wurden sie von dem Schnellzug gerammt.

Englische Offiziere als Pelerinieren. In den eleganten Vier-teln des Londoner Westens erscheinen immer häufiger maskierte Männer, die sich als frühere Offiziere der englischen Armee angeben und als Drehorgelspieler das Mittel der Vordere-gehenden auf sich ziehen. Zweifellos haben sich verschiedene frühere Offiziere diesem Gewerbe zugewendet, das für sie sehr einträglich ist. Man hat festgestellt, daß diese maskierten Pelerinieren im Tag 10 Pfund verdienen, und einer von ihnen lehrte einen Posten, der ihm angefragt wurde, mit der Be-merkung ab, er „mache“ mit seiner Drehorgel wöchentlich 100 Pfund. Der englische Offiziersbund stellt in den Klättern fest, daß die verabschiedeten Offiziere bedeutende Pensionen und Zu-wendungen erhalten, so daß sie nicht mit dem Pelerinieren ihre Brot verdienen müssen. Es ist aber nachgewiesen, daß ver-schiedene dieser Pelerinieren in vornehmen Hotels wohnen und sich einem sehr luxuriösen Leben hingeben. Sie betreiben also diese Art der Betätigung, weil sie besonders einträglich ist. Auch die Volkswirtschaftler wenden jetzt den maskierten Pelerinieren ihre be-sondere Aufmerksamkeit zu und hat bereits einige von ihnen, die als Ex-Offiziere bezeichnet, als Betrüger feststellen.

Die Besatzungshöfen im Rheingebiet werden vom Pariser „Temps“ in französischen Franken (1 Franken = 4.40 Mk.) auf den Kopf und Tag folgendermaßen berechnet:

	Offiziere	Mannschaften	Pferde
für Frankreich	47,45	13,37	6,83
für Belgien	46,20	13,17	10,60
für Amerika	159,65	59,30	11,45
für England	97,85	31,60	13,50

Forstunwesen nach Spitzbergen. Die englische Universität Oxford rükt eine Forstungsreise nach Spitzbergen aus, um die Naturgeschichte des Landes zu untersuchen.

Die Zahl der angemessenen Arbeitslosen in England (alle Landesteile zusammengekommen) hat sich in letzter Woche von 989.439 auf 1.059.000 erhöht.

Die Enttarnung der Redeschrift ist nun der Sowjetregierung allgemein gestattet worden. Sie geschieht kostenlos, darf je-doch nur von Ärzten in den Gemeindefazienten vorgenommen werden.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Im allgemeinen behauptet die deutsche Saldo-lage schon in der dritten Woche ihren besseren Stand im Aus-land. Die Pariser Beschlüsse haben bis jetzt keine Wirkung ausgeübt. Mancher ist geneigt, daraus zu entnehmen, daß man unsere Lage im Ausland keineswegs als hoffnungslos ansieht. Am 31. Januar wurden 100 Mk. in Zürich mit 10,20 Fran-ken bezahlt. Sie fielen am 1. Februar auf 9,30, erhöhten sich am 2. wieder auf 9,90, gingen am 3. sogar auf 10, bröckelten am 4. aber wieder auf 9,95 Franken ab. Ferner notierten am 1. Januar 100 Mk. in Amsterdam 4,70 (5,17 1/2) Gulden, in Kopenhagen 8,50 (9,40) Kronen, in Stockholm 7,45 (8,20) Kro-nen, in Wien 112 1/2 (106 1/2) Kronen, in Prag 128,45 (127,25) Kronen, in London 2,42 (2,14) Schilling, in Newyork 1,60 (1,78) Dollar und in Paris 22 1/2 (25) Franken.

Börse. Die Zurückhaltung des Publikums und die Geschäfts-unlust der beratsamstigen Spekulation bildeten die Woche über das Charakteristikum des Börsengeschäfts. Nur angeregt durch gelegentliche Rückschläge auf dem Devisenmarkt, zeigte sich vor-übergehend ein mäßiges Interesse für Wertpapiere. Für Banken zeigte sich eher Kauflust. Gut gehalten blieb der Anlagemarkt: Reichsbahnanweisungen 98, Kriegsanleihe 77 drei Viertel, 4proz. Württemberg, weiter anziehend, 82,40.

Warenmarkt. Der Preisabbau scheint jetzt allmählich eine weitere Ausdehnung anzunehmen. Die Preise für Getreide, über-treue Hoffnungen darauf zu setzen, insbesondere zu erwarten, daß nun alle Geschäftskreise Hals über Kopf ihre Ware um die Hälfte heruntersetzen. Sie können das einfach nicht. Die wieder erwachende Konkurrenz wird ihre Wirkung tun. Die Kohlen sind wohl weniger knapp, aber noch gerade so teuer wie vorher. Das Eisengeschäft liegt darnieder. Lediglich ist der Absatz in Legierungen, fast völlig stehend dagegen in Schweiß-waren. Häute und Leder werden weiter billig. Futurartikel haben immer noch den besten Geschäftsgang. Auch Rohwaren sind um 25 Prozent heruntergegangen, aber eher in den ein-stachen Gebrauchsorten als in den feineren Artikeln.

Wiedermarkt. Die Viehpreise schlagen weiter ab, wenn auch langsamer als vor 8 und 14 Tagen. Auch die Fleischpreise bei den Metzgereien gehen jetzt etwas nach. Auffallend ist der starke Rückgang der Schmalzpreise in den Läden. Amerikanische und namentlich feinstes Warenscheinen erleichternd zu wirken. Zuchtvieh ist unverändert teuer. Dasselbe gilt von Pferden.

Getreidemarkt. Die Lage hat sich seit 8 Tagen nicht verändert. Auf vereinzelten Auktionen werden namentlich für Landholz so geringe Gebote abgegeben, daß vielfach ein Zuschlag nicht erfolgt.

Aus Wildberg geht uns folgendes Eingeladent zu:
„Mehr Schutz der Pflanzengwelt im ehe-maligen Kloster Reuthin, Wildberg. Die Vor-sänger des Klosters pflegten die Bäume, lehten sogar noch neue hinzu. Die jetzigen Bewohner, Forstbediente, lichen nach dem Kriege sechs schöne Tannen und einen alten ehrwä-rdigen Nußbaum fällen. Der Letztere war wohl teilweise hoch, doch hatte er immer noch die belaubte Krone. Der Wert dieser Bäume war wohl minimal gegenüber dem irdellen Wert Gold! Keilichden Egoismus sollte man, höheren Orts“ einen Kiesel vorschleiden. Auch den Keilsamen Sch auf der alten Klostermauern durch Epheu entfernt man he und da. Viele Bewohner von Wildberg sind empört von diesem Vorgehen.“

Letzte Nachrichten.

WTB. Paris, 8. Febr. Nach einer Meldung der Chi-cago Tribune aus Washington glaubt man, daß Präsident Harding nach seinem Amtsantritt die erste Gelegenheit wahr-zehmen wird, um den Standpunkt der Ver. Staaten in der Reparationsfrage zum Ausdruck zu bringen.

WTB. Paris, 8. Febr. In der heutigen Kommer-zierung wurde zu Beginn ein Gelegenheitswurf über die Schaf-tung von Stadthäusern für im Krieg gefallene Deutsche ange-nommen. — Bei der Fortsetzung der Debatte über das Pa-riiser Abkommen erklärte de Magallon, nach seiner Ansicht dürfe man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besetzten Feinde erhalten könne, es sei denn, man erhalte es sofort. England sei so klug gewesen, sofort die deutsche Flotte zu verlangen. Er zweifle, daß Deutsch-land bezahlen wolle. Man müsse das Ruhrgebiet besetzen und das Rheinland der preussischen Herrschaft entreißen. Es sei eine Friedenspolitik, Deutschland zu entreißen.

WTB. Paris, 9. Febr. Nach einer Meldung des Temps aus London verbindet die östliche Meinung in England die Frage der deutschen Entschädigung jetzt immer mehr mit der Frage der internationalen Kriegsschulden. Die neue Regierung in Washington werde zu entscheiden haben, ob sie sich von dem Veritas von Versailles loslöse und in-folgedessen auch von der Zahlung der Reparationsschuld. Man glaube, daß die Reparationen einen wesentlichen Teil der Aktiven der Alliierten darstellen und es sei deshalb schwierig für Amerika, sich von den Postiven loszulösen, die die Schulden der Alliierten bei Amerika darstellen.

WTB. München, 8. Febr. Der „Bayerische Kurier“, das Blatt der Bayerischen Volkspartei, schreibt zur politischen Lage und zur heutigen Ministerkonferenz: Die Beratungen der Fraktionen werden morgen fortgesetzt werden. Zu irgend-welchen Beunruhigungen besteht keinerlei Veranlassung. Alle Gerüchte von einer Koalitionskrise oder gar Regierungskrise sind völlig grundlos.

WTB. London, 9. Febr. Kurier meldet aus Berlin, in dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für Befriedigung angelehnt. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher, als ur-sprünglich erwartet worden sei und dies werde dahin ange-legt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von Bedach-tungnahme und einsichsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

WTB. London, 9. Febr. Das vormalige deutsche Schiffschiff „Baden“ ist zwischen Mainland und der Insel Whiti im Verlaufe von Versuchen mit Lufttorpedos und torpedotragenden Geschützen versenkt worden. Diese Versuche von den veranlaßt, um die Konstruktion der deutschen Schlach-tschiffe und den Wert von Schlachtschiffen, bezüglich deren so zahlreiche Meinungsverschiedenheiten herrschen, auf die Probe zu stellen. Die „Baden“ soll wieder gehoben werden.

WTB. Paris, 8. Feb. Havas meldet: Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Zyprenanbiet für Wilna den Durchgang nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überreist. Der Völkerbundstrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rats Protest erheben wird.

WTB. Moskau, 8. Febr. Die blutigen Zusammenstöße zwischen Chinesen und Japanern in der chinesischen Provinz Eguan veranlassen die Enderfung einer Volksversammlung, an der 20.000 Personen teilnahmen. Sie forderte, daß Japan binnen einer Woche seine Truppen aus Fantschan zurückziehen und daß die chinesische Regierung sich weigern solle, Geheimverträge mit Japan abzuschließen und die aus-ländischen Schulden zu bezahlen.

WTB. Berlin, 9. Feb. Auf der West des Bremer Buik in Begleitung land gestern der Stapellauf des Dampfers „Gindenburg“ in Anwesenheit des Generalsekretärs Gindenburg, des Generals Ludendorff und der Dinenburgischen Familie statt. In der Taufrede sagte Gindenburg u. a.: So ziehe denn hin über das weite Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den redlichen Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, solange es ihm die Ehre erlaubt und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, das die Menschheit einander nähert und den friedlichen Austausch der Erzeugnisse ihrer Bestarbeit, ihrer Händearbeit und ihres Fleisches ermöglicht. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten. Nach diesen Worten erfolgte der Stapellauf glatt und ohne Zwischenfall. Die nach Hundertausenden zählende Menge brachte Gindenburg begeisterte Guldigungen dar. Vor dem Stapellauf hatte eine Abkündigung der Arbeiterschaft stattgefunden, bei der sich 300 Angestellte einstimmig, die Arbeiter mit 30 Stim-men Mehrheit für den Namen „Gindenburg“ entschieden hatten.

Druck und der Verlag M. Kiehl'schen Buchdruckerei Allenfeld.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

